



Sitzungsunterlagen

Vertreterinnen- /
Vertreterversammlung
zur Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten
zur Bundestagswahl 2017

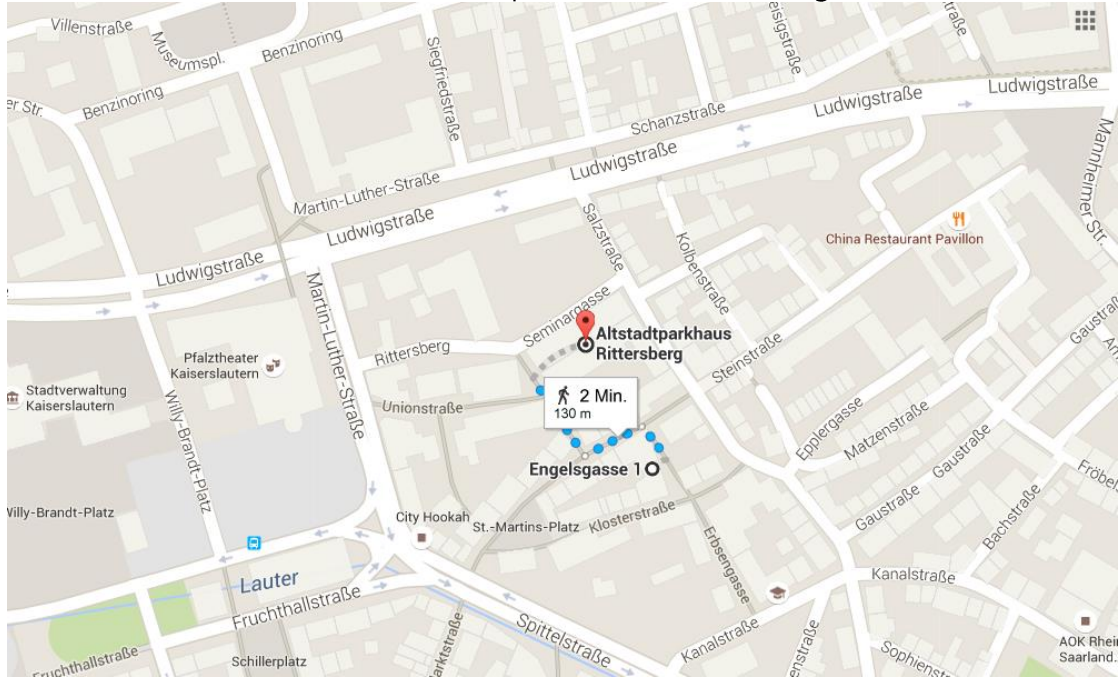
17. September 2016, Kaiserslautern

Organisatorische Hinweise zur Versammlung

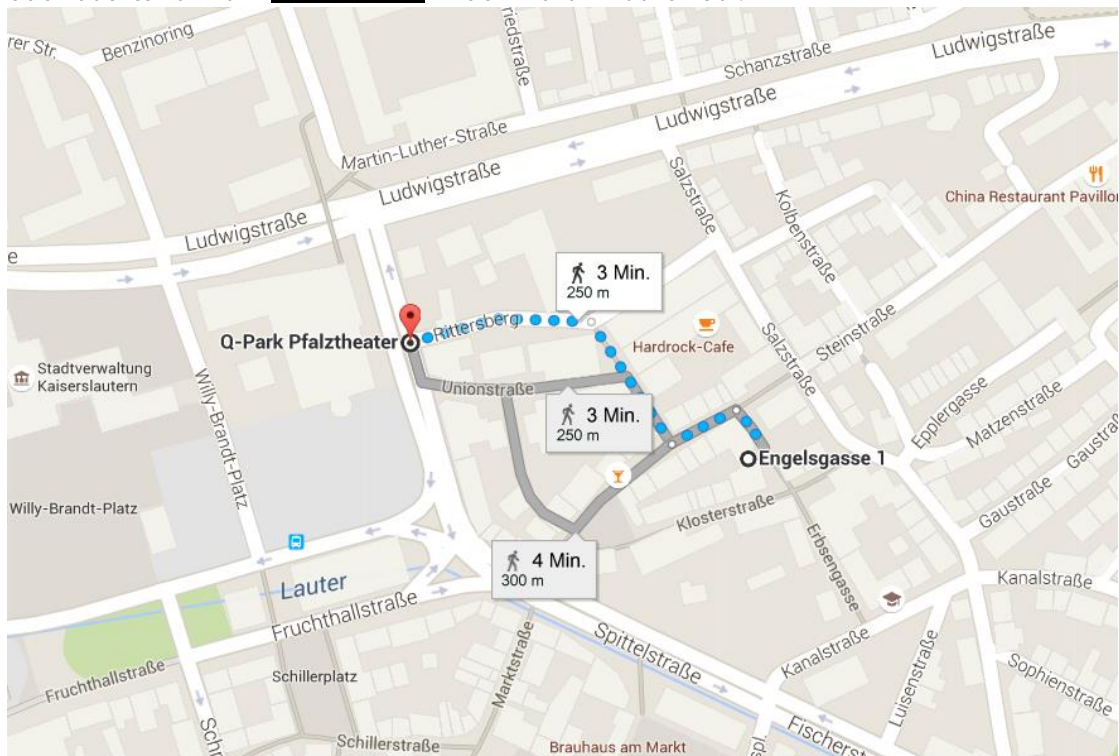
1) **Anfahrt und Parkplätze**

Direkt an der Halle befinden sich leider keine Parkplätze; jedoch sind in unmittelbarer Nähe zum Veranstaltungsort zwei Parkhäuser zu finden.

Bitte nutzt somit entweder das Altstadtparkhaus am Rittersberg



oder das Q-Park am Pfalztheater in der Martin-Luther-Str.



2) **Verpflegung und Getränke**

Das Mitbringen von Getränken und Essen ist in der Halle erlaubt. Auch werden wir euch über die Halle Getränke und (Mittag-)essen zum Kauf anbieten lassen. Hier wird auch für eine vegetarische Variante gesorgt sein.

3) **Kinderbetreuung**

Sollte eine Kinderbetreuung notwendig sein, möchten wir euch bitten, dies umgehend mit der Angabe des Alters des/der Kindes/Kinder der Landesgeschäftsstelle unter lgs@die-linke-rlp.de zu melden. Wir werden dann versuchen hier eine Betreuung zu realisieren.

4) **Freies WLAN**

Aufgrund des Livestreams der Veranstaltung können wir euch keinen Zugang zum WLAN vorab zusichern. Bitte bereitet euch also darauf vor, dass in der Halle höchstwahrscheinlich kein Internet zur Verfügung stehen wird.

5) **Livestream und Fotos**

Die Versammlung wird via Livestream übertragen und auch über Fotos dokumentiert; was auch bedeutet, dass ihr auf dem ein oder anderen Bild zu erkennen sein werdet.

6) **Sitzplätze für Vertreterinnen / Vertreter**

Vertreterinnen und Vertreter bekommen, wie bei allen Veranstaltungen dieser Art auf Landesebene, Sitzplätze nach Kreisverbänden geordnet zugewiesen.

7) **Sitzplätze für Gäste**

Die Sitzplätze für Gäste befinden sich auf der Empore des Saals. Wir möchten alle Gäste bitten, dass diese sich ausschließlich dort platzieren, damit die Abstimmungen und weiteren Verfahren reibungslos ablaufen können.

8) **Ausweisdokumente**

Zur Sicherheit möchten wir alle Vertreterinnen und Vertreter bitten, ihre gültigen Ausweisdokumente mit zur Versammlung zu bringen und diese bei Nachfragen der Mandatsprüfungskommission vorzuzeigen.

9) **Weitere Unterlagen zur Versammlung**

Sofern es weitere Unterlagen / Kandidaturen oder Veränderungen geben sollte, findet ihr diese auf der Landeshomepage unter:

http://www.dielinke-rlp.de/partei/parteitag/besondere_vertreterinnen_vertreterversammlung_17092016/

Dokumente zur Versammlung

T01

Tagesordnung der

Besonderen Vertreterinnen- / Vertreterversammlung am 17.9.2016 in Kaiserslautern

Der Landesvorstand schlägt für die Vertreterinnen-/Vertreterversammlung folgende vorläufige Tagesordnung vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der Vertreterinnen-/Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017
3. Wahl einer Person zur Versammlungsleitung
4. Wahl einer Person zur Schriftführung
5. Wahl einer Mandatsprüfungskommission zur Feststellung des Wahlrechts der anwesenden Personen
6. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
7. Wahl einer Vertrauensperson und einer stellvertretenden Vertrauensperson, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber der Landeswahlleitung berechtigt sind.
8. Wahl von zwei Personen zur Abgabe der Versicherung an Eides statt gegenüber der Landeswahlleitung.
9. Politisches Referat Klaus Ernst, MdB
10. Beschlussfassung über den Umfang der Landesliste zur Bundestagswahl 2017.
11. Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten inkl. Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten.
12. Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste.
13. Schlussabstimmung / Abstimmung über die gewählte Liste der Kandidatinnen und Kandidaten
14. Schlussworte

Hinweis:

Vorschlag zur Tagesordnung wurde mit der Einberufung und der Einladung bereits versendet

Z01

Zeitplan zur Vertreterinnen- und Vertreterversammlung 17. September 2016 in Kaiserslautern

10.00 Uhr – 10.15 Uhr	1. Eröffnung und Begrüßung
10.15 Uhr – 10.30 Uhr	2. Konstituierung der Vertreterinnen-/Vertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017
10.30 Uhr – 10.35 Uhr	3. Wahl einer Person zur Versammlungsleitung
10.35 Uhr – 10.40 Uhr	4. Wahl einer Person zur Schriftführung
10.40 Uhr – 10.45 Uhr	5. Wahl einer Mandatsprüfungskommission
10.45 Uhr – 10.55 Uhr	6. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
10.55 Uhr – 11.00 Uhr	7. Wahl einer Vertrauensperson und einer stellv. Vertrauensperson
11.00 Uhr – 11.05 Uhr	8. Wahl von zwei Personen zur Versicherung an Eides statt
11.05 Uhr – 11.45 Uhr	9. Politisches Referat Klaus Ernst, MdB
11.45 Uhr – 12.00 Uhr	10. Beschlussfassung über den Umfang der Landesliste
12.00 Uhr – 13.00 Uhr	11. / 12. Vorstellung, Nachfragen und Wahl der Listenplätze 1-2
13.00 Uhr – 13.30 Uhr	Mittagspause
13.30 Uhr – 16.00 Uhr	11. / 12. Vorstellung, Nachfragen und Wahl der weiteren Listenplätze
16.00 Uhr – 16.15 Uhr	13. Schlussabstimmung
16.15 Uhr – 16.30 Uhr	14. Schlusswort

G01

Geschäftsordnung der

Besonderen Vertreterinnen- / Vertreterversammlung am 17.9.2016 in Kaiserslautern

1. Leitung - Arbeitsgremien - Aufgaben und Befugnisse

- a. Die Vertreterversammlung wählt als Arbeitsgremien in Einzelabstimmung
 - Versammlungsleitung
 - Schriftführungdanach im Block
 - das weitere Tagungspräsidium zur Unterstützung der Versammlungsleitung
 - die Mandatsprüfungskommission
 - die Wahl- und Zählkommission

Die Vertreterversammlung kann zur Unterstützung der Kommission zu jeder Zeit weitere Helferinnen und Helfer bestätigen.

- b. Die Arbeit der Besonderen Vertreterversammlung wird durch die/den Versammlungsleiter/in geleitet.
- c. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

2. Beschlussfassung allgemein

- a. Die Besondere Vertreterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Vertreterinnen und Vertreter anwesend sind. Sie gilt als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht auf Antrag eines/r stimmberechtigten Vertreterin/Vertreters durch die Tagungsleitung festgestellt worden ist.
- b. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Vertreterinnen und Vertreter. Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben Rederecht.
- c. Über das Rederecht für Gäste entscheidet die Versammlung. Gästen kann dann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt und entzogen werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
- d. Beschlüsse der Vertreterversammlung werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimme (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nichts anderes vorschreiben.
Stimmenthaltungen bleiben unberücksichtigt.
Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.
Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten.
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zählerinnen und Zähler ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

3. Erforderliche Mehrheiten bei der Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

- a. Es gilt die Wahlordnung der Partei DIE LINKE
- b. Im ersten Wahlgang ist die absolute Mehrheit erforderlich. Also die Zahl der gültigen Ja-Stimmen muss größer sein als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen.
- c. Erhält im ersten Wahlgang keine/r der Bewerber/innen die erforderliche Mehrheit, so gehen die beiden Bewerberinnen und Bewerber mit den meisten Ja-Stimmen in eine Stichwahl. Bei Stimmgleichheit in dieser Stichwahl erfolgt eine weitere Stichwahl. In diesem Wahlgang gilt die einfache Mehrheit.

4. Regeln in der Debatte

- a. Die Tagesleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.
- b. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband anzugeben. Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt maximal 3 Minuten.
- c. Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei Nachfragen von Vertreterinnen und Vertretern und Teilnehmerinnen mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin/den Redner sowie die Antworten sind kurz zu formulieren (max. ja 1 Minute).
- d. Vertreterinnen und Vertreter können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen (nicht Wahlen) persönliche Erklärungen abgeben, sofern die Debatte dazu einen persönlichen Anlass ergeben hat. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.
- e. Redezeiten bei Wahlen:
 - Kandidatinnen und Kandidaten haben bei Ihrer Vorstellung die Möglichkeit einmalig eine Redezeit von max. 5 Minuten zu nutzen.
 - Es sind maximal 5 Nachfragen an die Kandidatinnen und Kandidaten zulässig. Die Nachfragen sind kurz zu formulieren (maximal 1 Minute).
 - Zur Beantwortung der Fragen wird den Kandidatinnen und Kandidaten jeweils maximal 3 Minuten eingeräumt.

5. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

- a. Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Vertreterinnen und Vertretern der Besonderen Vertreterversammlung gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Vertreterin oder ein Vertreter zunächst die Möglichkeit gegen den Antrag, danach für den Antrag zu sprechen.
- b. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Vertreterinnen / Vertreter, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.
- c. Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen "für" den Antrag, dann "gegen" den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzufragen sind.
- d. Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.

Kandidaturen

Bewerbung auf Platz 1 der Landesliste DIE LINKE Bundestagswahl 2017



Alexander Ulrich

Persönliches und Politik

Jahrgang 1971, verheiratet, zwei Kinder

Beruf: Werkzeugmacher

Geschäftsführer der IG Metall Kaiserslautern

MdB seit September 2005:

Parlamentarischer Geschäftsführer

Mitglied des Ältestenrates und Obmann im EU
Ausschuss

Politische Schwerpunkte:

Europa, Europäische Wirtschaftspolitik,
TTIP, CETA sowie Arbeit und Soziales

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie wären die öffentlichen Debatten in den letzten vier Jahren gelaufen, wenn es in der Finanzkrise keine klare linke Opposition im Deutschen Bundestag gegeben hätte? Würden Investitionen in die Infrastruktur oder eine Offensive gegen die Arbeitslosigkeit, die Wohnungsnot und die Armut ohne DIE LINKE Thema sein? Ich glaube das nicht, ich glaube, DIE LINKE ist im Bundestag heute nötiger denn je!

Und seit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in unserem Bundesland Rheinland-Pfalz ist auch klar, dass rechte Populisten mit zunehmendem Erfolg von der sozialen Spaltung unseres Landes profitieren. Unser Land hat einen Rechtsruck erlebt, der jahrzehntelang nicht vorstellbar schien. Auch deswegen ist DIE LINKE im Bundestag notwendiger denn je!

Ich habe deswegen in den letzten Wochen mit vielen Genossinnen und Genossen in der Partei und auch in der Bundestagsfraktion gesprochen und viel Ermutigung und Unterstützung für eine erneute Kandidatur zum Deutschen Bundestag bekommen. Weil ich meinen Beitrag dazu leisten möchte, dass DIE LINKE auch im nächsten Bundestag stark vertreten ist, kandidiere ich erneut für die Spitzenposition unserer Landesliste.

Als stärkste Oppositionspartei haben wir in den vergangenen drei Jahren im Bundestag linke Themen zunehmend auf die Agenda heben können: Ob es um TTIP und CETA, um Wohnungsbau, Auslandseinsätze oder die Besteuerung von Superreichen geht – die

öffentliche Meinung ist mittlerweile bei vielen aktuellen Fragen mit großen Mehrheiten auf unserer Seite. Ich bin deshalb stolz darauf, dass die Linksfraktion immer einmütig gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts, gegen Kriegseinsätze und Waffenexporte gestimmt hat. Und auch bei der Bundestagswahl 2017 wird es wieder darum gehen, eine möglichst starke Linksfraktion in das Parlament zu bringen, damit die nächste Bundesregierung auch dort hört, was die Menschen in unserem Land wollen.

Und natürlich ist die Bundestagswahl eine Gelegenheit, unsere Präsenz vor Ort zu stärken: Die Medien berichten, unsere Kandidatinnen und Kandidaten machen Wahlkampf vor Ort und unsere Positionen werden bekannt gemacht und diskutiert. Das nutzt uns auch mit Blick auf die nächsten Kommunalwahlen, die wir mit mehr Mandaten abschließen wollen.

Denn gerade in unserem Bundesland sind die Probleme offensichtlich: Von Ramstein aus wird der weltweite Drohnenkrieg geführt, in Büchel lagern immer noch Atomwaffen und bei Bildung und Altersarmut steht Rheinland-Pfalz entgegen der Propaganda der Landesregierung im Ländervergleich schlecht da: Mittlerweile ist jede/r vierte Beschäftigte/r in RLP prekär beschäftigt, bei Kindern, Alleinerziehenden, Frauen und Senioren wächst die Armut rasant. Dort, wie in fast allen anderen Politikfeldern, ist es vor allem DIE LINKE, die im Deutschen Bundestag Vorschläge macht, die den Menschen nutzen und die gleichzeitig praktikabel sind: Daran möchte ich weiter mitarbeiten - denn Politik ist nur dann gut, wenn sie die Probleme löst, die den Bürgerinnen und Bürgern heute und morgen unter den Nägeln brennen.

Dafür bitte ich um Eure Unterstützung.

Mit herzlichen solidarischen Grüßen

Alexander

Bewerbung für die Landesliste Platz 2 „die Linke“ Rheinland-Pfalz zur Bundestagswahl 2017



Andrea Lutz

Geb. 23.12.1963 in Malsch ,Kr. Karlsruhe

6 erwachsene Kinder, verheiratet,

Hauswirtschaftsmeisterin, zurzeit tätig in der Betriebs/und Haushaltshilfe,

vielfältige Erfahrungen vom Landw. Betrieb über Alters- und Kinderheim, Jugendherberge

Mitglied in der Partei seit 2009 (BW)

Nahtloser Übergang (RLP) nach Umzug in die Westpfalz.

Mitglied des Kreisvorstandes im Kreis Kusel seit 2015.

Verschiedentliche ehrenamtliche Mitarbeit in Vereinen und caritativen Einrichtungen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
schimpfen und lamentieren hilft nicht, wenn wir Stimmen gewinnen und etwas ändern wollen müssen wir gute Konzepte haben.

1)

Durch meine Arbeit in landwirtschaftlichen Betrieben erlebe ich täglich, wie das kapitalistische Wirtschaftssystem unser Land zerstört und die Menschen ins Unheil stürzt. Der Bauer arbeitet 12 Stunden am Tag, er erhält für seine Milch weniger als 20 Cent pro Kg; den Erfolg seiner Arbeit stecken andere ein. Zusätzlich wird er wegen Wettbewerbsfähigkeit und Weltmarkt gezwungen ständig zu investieren und sich zu verschulden, so daß er dem „Hamsterrad“ nicht entkommen kann. Außerdem verursachen die bürokratischen Auflagen der EU einen enormen Papierkrieg. Wir brauchen deshalb den nachhaltig wirtschaftenden bäuerlichen Familienbetrieb, der regional vermarktet und dessen Wertschöpfung angemessen bezahlt wird. Gentechnik ist zu verbieten.

2)

Mit Gesundheit und Pflege und darf kein Profit gemacht werden. Krankhäuser und Pflegeheime sind deshalb als öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen zu führen; die seitherigen Privatisierungen müssen rückabgewickelt werden.

3)

Die Sozialversicherungen müssen zur Bürgerversicherung ausgebaut werden.
Alle zahlen ein ohne Beitragsbemessungsgrenze. Die Arbeitgeberanteile werden wieder auf 50% angehoben. So lassen sich die Abschaffung der Zuzahlungen und die Anhebung der Rentenhöhe auf 55% des letzten Nettoeinkommens finanzieren.
Der Rentenbeginn ist wieder auf 65 Jahre zurückzunehmen.

4)

Auch leistungslose Einkommen müssen zu Finanzierung des Staatshaushaltes beitragen. Deshalb brauchen eine Erbschaftssteuer und eine Vermögenssteuer, die oberhalb einer Freigrenze keine Schlupflöcher haben.
Bei Kapitalerträgen ist der individuelle Steuersatz anzusetzen.

5)

Die sogenannten „Hartzreformen“ sind ersatzlos zu streichen und durch eine Bedingungslose Grundsicherung zu ersetzen. Die Regelsätze sind deutlich anzuheben.

6)

Linke Politik ist Friedenspolitik. Deshalb sind Rüstungsexporte zu verbieten. Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee und darf sich deshalb an imperialistischen Angriffskriegen weder direkt beteiligen noch logistische Unterstützung leisten.

Auch wenn es keine schnellen Veränderungen gibt, so gilt „steter Tropfen höhlt den Stein.“

Mit solidarischen Grüßen
Andrea Lutz

Bewerbung um Platz 2

auf der Landesliste der LINKEN Rheinland-Pfalz für die Bundestagswahl 2017

Persönliches



Sommerakademie der Sozialistischen Linken (SL) 2016

- Jahrgang 1973
- Alleinerziehende Mutter
- Seit 2006: Kreisvorsitzende DIE LINKE Trier-Saarburg
- Seit 2009: Mitglied des Bundestages
- Behindertenpolitische Sprecherin der *Fraktion DIE LINKE. im Bundestag*
- Mitglied u.a. im Verein „Für ein buntes Trier, gemeinsam gegen Rechts“, Multikulturellem

Zentrum Trier e.V., Aufsichtsrat der Stadtwerke Trier, Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und in der Gewerkschaft ver.di

Liebe Genossinnen und Genossen,

die verlorene Landtagswahl steckt uns sicherlich noch allen in den Knochen. Auch wenn wir den Einzug verpasst haben, konnten wir beweisen, dass wir in der Lage sind einen guten Wahlkampf zu führen. Wir haben unsere Fehler konstruktiv aufgearbeitet und müssen nun nach vorne schauen. Sozialabbau, Rechtsruck, zunehmende Armut und Kriege - vor uns liegen große Probleme.

Dem müssen wir uns entschieden entgegenstellen und dabei fangen wir nicht bei „Null“ an! Wir können an die erfolgreiche Arbeit der Partei und der Bundestagsfraktion anknüpfen und sie weiterentwickeln! Die LINKE ist die einzige Partei, die sich konsequent gegen unsoziale Gesetze stemmt – egal ob faktische Abschaffung des Asylrechts, Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Verschärfung von Hartz 4 oder die neoliberalen „Freihandelsabkommen“ TTIP und CETA. Wir haben durch unsere Arbeit im Bundestag viel Glaubwürdigkeit gewonnen. Wir haben gezeigt, dass wir voll und ganz hinter unseren Prinzipien stehen und uns konsequent für ein gerechtes und soziales Land einsetzen.

Seit 2009 darf ich die Politik der LINKEN im Bundestag aktiv mitgestalten und seit 2013 trete ich als behindertenpolitische Sprecherin für die Verwirklichung von Inklusion und sozialen Menschenrechten ein.

Teilhabe, Emanzipation, Inklusion und Selbstbestimmung sind Kernthemen unserer Politik, denn sie betreffen alle, die von Benachteiligung und Diskriminierung aus sozialen, ethnischen, sexuellen oder behinderungsbedingten Gründen betroffen sind. Sie bilden die Grundlage einer jeden linken Politik. Nur, wenn wir uns für sie einsetzen, ist eine andere, eine solidarische Gesellschaft möglich. Eine Gesellschaft in der vorurteilsfreies, gleichberechtigtes und soziales Miteinander Alltag ist. Das konsequente Eintreten für diese Gesellschaft ist die einzige

Möglichkeit, der katastrophalen bisherigen (Sozial-) Politik von SPD, CDU und auch den Grünen entgegenzuwirken.

Für eine solche Gesellschaft stehe ich und ich habe für sie in den letzten Jahren im und außerhalb des Bundestags gekämpft. Das möchte ich mit eurer Unterstützung weiter fortführen.

Eine solidarische Gesellschaft ist jedoch nicht ausschließlich mit Politik im Deutschen Bundestag zu erreichen. Entscheidend ist die Arbeit in den Ländern und Kommunen, mit Bürgerinitiativen und NGOs. Aus diesem Grund engagiere ich mich beispielsweise schon seit Jahren im Verein „Für ein buntes Trier – Gemeinsam gegen Rechts“ und arbeite eng mit dem Multikulturellem Zentrum Trier oder der Arbeitsgemeinschaft Frieden zusammen.

Gerade im vergangenen Jahr war die Arbeit gegen Rechts wichtiger denn je. Die AfD hat die Flucht von Hunderttausenden Menschen vor Gewalt und Tod – ausgelöst durch die Kriege des Westens – instrumentalisiert. Sie haben Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung geschürt. Sie haben mit Erfolg die Ärmsten der Armen zu einer nationalen Bedrohung erklärt und als Sündenböcke hingestellt.

Das darf uns jedoch nicht entmutigen, im Gegenteil! Wir LINKE stehen mehr als jemals zuvor in der Pflicht Flagge zu zeigen und konsequent einzutreten gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie. Das Problem sind nicht die Geflüchteten. Das Problem ist das kapitalistische Wirtschaftssystem und die daraus entstehende unsoziale Gesellschaft und der Konkurrenzkampf. Die Stärke der LINKEN ist und war immer die Solidarität und daran müssen wir weiter festhalten! Dafür trete ich als Bundestagsabgeordnete, als Landesvorsitzende der LINKEN und als Mensch ein. Dafür möchte ich weiter eintreten und bitte daher um eure Unterstützung!

Gerade jetzt, nach dem Ergebnis der Landtagswahl 2016, nach dem Erstarren rechtsradikaler Kräfte im Land und bei einer Landesregierung, die sich lieber bei Millionengeschäften von dubiosen chinesischen Briefkastenfirmen über den Tisch ziehen lässt, als Geld in die soziale Infrastruktur und die Menschen zu stecken, gerade jetzt braucht Rheinland-Pfalz auch im Bundestag eine starke linke Opposition!

Eine Opposition, die ihre Standpunkte nicht für eine Regierungsbeteiligung aufgibt. Eine Opposition, die sich einsetzt für eine gerechte Sozialpolitik, für die Stärkung von Kinderrechten, für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, für eine menschenwürdige Behandlung von Geflüchteten, für die Gleichstellung sexueller Minderheiten und für Frieden. Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir etwas tun gegen den Sozialkahlschlag, gegen Gewalt und Unterdrückung, gegen Krieg und für ein offenes, friedliches und solidarisches Rheinland-Pfalz. Dafür möchte ich auch weiterhin mit euch, liebe Genossinnen und Genossen, kämpfen und kandidiere deshalb auf Platz 2 der Landesliste für die Bundestagswahl 2017.

Mit solidarischen Grüßen



Bewerbung auf Platz 3 der Landesliste der LINKEN Rheinland-Pfalz für die Bundestagswahl 2017



Brigitte Freihold

Persönliches und Politik

Geboren am 9. April 1955 in Kaiserslautern, geschieden, zwei Töchter im Alter von 19 und 24 Jahren. Lehrerin für Grund- und Hauptschule mit den Fächern Deutsch und Kunst. Eintritt in die WASG 2005, seit 2007 Vorsitzende Stadtverband DIE LINKE Pirmasens, seit 2013 stellvertretende Landesvorsitzende, seit 2014 Mitglied im Bezirkstag der Pfalz, seit 2014 Stadtratsfraktion DIE LINKE Pirmasens. Sozialistische Linke, Mitglied in der Landesfachgruppe Grundschulen der GEW, Mitglied im Kinderschutzbund, Deutscher Frauenring, Stopp Ramstein und Friedensinitiative Pirmasens, AK Mut gegen Rechts.

Liebe Genossinnen und Genossen,

für gute Arbeit, gute Löhne und eine gute Rente muss prekäre Beschäftigung zurückgedrängt, der gesetzliche Mindestlohn auf 10 Euro erhöht werden und jährlich mit dem Produktivitätsfortschritt steigen. Das gesamte Lohngefüge muss deutlich angehoben und an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden. Steigende Löhne und Gehälter sind Basis und Garant der sozialen Sicherungssysteme und damit des Sozialstaats insgesamt. Dies wird selbst von Vordenkern des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht bestritten. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus: Die wirtschaftliche Leistung wächst, die Produktivität steigt und üppige Gewinne werden erzielt. Dennoch steigt das Armutsrisiko ganzer Bevölkerungsgruppen, wächst der Niedriglohnssektor und konzentriert sich Reichtum in immer weniger Händen. Durch diese immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich werden der soziale Frieden gefährdet, werden Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft, Bildung, Gesundheit und Kultur verhindert und letztendlich der Staat als Garant einer demokratischen, am Gemeinwohl orientierten Gesellschaft insgesamt aufs Spiel gesetzt.

Die Frage einer gerechten Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands ist und bleibt daher die Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. An ihr wird sich entscheiden, ob die Bundesrepublik Deutschland einen Weg der unabänderlichen Verfassungsgrundsätze Sozialstaatsprinzip, Unantastbarkeit der menschlichen Würde und persönlichen Freiheit geht, oder fortlaufend zur Wirtschaftsdiktatur und Oligarchie verkommt. Die Notwendigkeit der Rückverteilung eines leistungslos erworbenen Reichtums von Oben nach Unten und damit einhergehend die

Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit wird auch bei der Bundestagswahl 2017 die zentrale Forderung der LINKEN sein. Die dafür unabdingbaren politischen Instrumente müssen nicht neu erfunden werden: DIE LINKE steht für eine gerechte Steuerpolitik durch eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine Vermögensabgabe in Form einer Millionärssteuer, eine Reform der Erbschaftsteuer, eine angemessene Unternehmensbesteuerung und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf nationaler und internationaler Ebene. Diese fünf Kernelemente einer gerechten Steuerpolitik und die damit verbundene Stärkung der staatlichen Einnahmen sind einzig und allein geeignet, Armut zu bekämpfen, die Renten zu sichern und auskömmlich zu gestalten, die Gesundheitsvorsorge auszubauen und die Klassen-Medizin abzuschaffen, den Pflegenotstand zu verhindern und dringend notwendige Investitionen in Bildung, Forschung, Kultur und Infrastruktur zu ermöglichen.

Wer etwas anderes sagt, lügt oder traut sich an die Reichen und Besserverdienenden nicht heran. DIE LINKE ist die einzige Partei, die diese Wahrheit ausspricht, dazu steht und keine Angst vor Kapitalisten hat.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bewerbe mich auf Platz 3 der Landesliste zur Bundestagswahl 2017 aus der Gewissheit heraus, dass ich die notwendigen Voraussetzungen dazu mitbringe und die damit verbundenen Herausforderungen meistern kann. Seit vielen Jahren ist meine politische Arbeit von Kontinuität, Verlässlichkeit und Engagement geprägt. Auf lokaler Ebene ist DIE LINKE Pirmasens ein nicht mehr weg zudenkender Faktor der politischen Landschaft und fest in der Öffentlichkeit verankert. Im Bezirkstag der Pfalz setze ich politische Akzente, bringe unsere Kernthemen auf die politische Agenda und vertrete DIE LINKE in allen Gremien und Ausschüssen, obwohl dies sonst nur Fraktionen vorbehalten ist. Im Landesvorstand erfülle ich die mir übertragenen Aufgaben und bringe mich aktiv in den weiteren Aufbau der Landespartei ein. Durch zahlreiche weitere Aktivitäten in Initiativen, Verbänden und der Gewerkschaft GEW trage ich unsere politischen Vorstellungen in die Zivilgesellschaft und finde dabei viel Zuspruch. Den Bundestagswahlkampf 2017 werde engagiert, teamfähig und professionell führen, wie ihr dies seit vielen Jahren von mir gewohnt seid. Meine politischen Schwerpunkte sind Bildungspolitik, Friedenspolitik und Sozialpolitik.

Strategisch werden wir uns darauf konzentrieren müssen, die bei der Landtagswahl 2016 verlorenen Wählerinnen und Wähler von der AfD zurück zu gewinnen. Dazu müssen wir unser sozialpolitisches Profil deutlich schärfen und wieder in den Mittelpunkt stellen. Den bei der Landtagswahl 2016 zu erkennende Aufwärtstrend, der uns trotz prozentualer Verluste einen Stimmenzuwachs bescherte, müssen wir sichern und ausbauen. Dies wird uns bei einer geschlossenen Teamleistung und eurer Unterstützung auch gelingen.

Ich traue mir zu, auf Platz 3 der Bundestagsliste Entscheidendes für ein erfolgreiches Abschneiden der LINKEN Rheinland-Pfalz beizutragen und bitte um euer Vertrauen.

Mit solidarischen Grüßen

Brigitte Freihold

Kandidatur Listenplatz 4



Jochen Bülow, 51, Jochen Bülow, 51, verheiratet, zwei Söhne,

Journalist, Wahlkreismitarbeiter bei Alexander Ulrich, MdB

Mitglied des Präsidiums des Landesausschusses

Kreisvorsitzender DIE LINKE.Neuwied

Fraktionsvorsitzender Kreistag Neuwied

Liebe Genossinnen und Genossen,

wer es nicht wusste, weiß es spätestens seit der sogenannten Staatsschuldenkrise, die in Wahrheit eine Krise des Finanzkapitalismus war und ist: Gewinne werden privatisiert, Lasten werden sozialisiert. Mit dreistelligen Milliardenbeträgen wurden die Banken und Finanzjongleure am Leben erhalten, die uns allen vorher die angebliche Alternativlosigkeit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgezwungen hatten. Hunderttausende Arbeitsplätze sind deshalb zu prekären Beschäftigungen geworden, für die Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit gibt es nach wie vor keine erfolgreichen Rezepte und die Altersarmut wird absehbar zu einem Massenphänomen. All dies in einem der reichsten Länder der Welt.

Gleichzeitig verstrickt sich unser Land in immer mehr militärische Konflikte, trotz einiger bemerkenswerter Äußerungen des amtierenden Außenministers wird die Konfrontation mit Russland und die Integration in die weltweiten Interventionsstrukturen der NATO weiter vorangetrieben.

Die Folgen der westlichen „Interventionen“ und des kapitalistischen Wirtschaftsmodells, die wir seit spätestens Mitte des vergangenen Jahres mit Millionen Geflüchteten in Europa erleben und die damit einhergehende, hilflose Abschottungspolitik der EU, beweisen vor allem eines: Im 21. Jahrhundert ist die Welt zu einer einzigen Welt geworden. Die Vorstellung, dass der kleinste Teil der Menschheit folgenlos die Ressourcen der gesamten Erde zu seinem Vorteil ausbeuten könnte, ist schon heute von Vorgestern. Afrika, Asien und Südamerika

halten nicht mehr still, die von den Industrienationen verursachten Konflikte fallen auf uns selber zurück: Klimawandel, Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Not und Umweltzerstörung und die zunehmende Terrorgefahr auch und gerade in den Metropolen sind die unübersehbaren Folgen unseres eigenen Handelns.

Eine andere Welt ist möglich

All dies ist nicht vom Himmel gefallen, ist keine Naturkatastrophe: Die Lebensbedingungen der Menschheit sind menschengemacht, sie könnten verändert, verbessert werden. Daran arbeitet DIE LINKE seit ihrem erstmaligen Einzug in den Bundestag vor elf Jahren auch parlamentarisch. Ich möchte einen Beitrag dazu leisten, dass unsere Stimme vernehmlicher wird, dass sich mehr Menschen engagieren und für eine bessere Zukunft einsetzen. Und ich möchte mich nachdrücklich in eine Debatte einbringen, die uns in den nächsten Jahren ganz sicher sehr beschäftigen wird: Ich lehne Regierungsbeteiligungen, auch auf Bundesebene, nicht grundsätzlich ab. Aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen: Wenn DIE LINKE in eine Bundesregierung eintritt, dann müssen das Ende des Sozialabbaus und der steuerlichen Bevorzugung von Reichen und großer Unternehmen, der Stopp weltweiter Kriegseinsätze und der Beginn einer wirklichen Entwicklungszusammenarbeit zentrale Punkte des Koalitionsvertrages sein. Diese Ziele, um nur die wichtigsten zu nennen, sind sicher mit einer Regierungsbeteiligung eher zu erreichen als aus der Opposition. Aber Regierung ist kein Selbstzweck. Eine Regierungsbeteiligung darf keinesfalls dazu führen, dass gerade wir die Fortsetzung der gescheiterten Politik der vergangenen 20 Jahre mit neuen Mehrheiten ermöglichen. Ich möchte, gemeinsam mit Euch, daran arbeiten, dass wir einen Weg einschlagen, der genau diese Rahmenbedingungen berücksichtigt und zu messbaren Fortschritten für die Menschen führt. Dafür bitte ich um Euer Vertrauen.

Mit herzlichen solidarischen Grüßen

Jochen Bülow

Bewerbung auf Platz 5 der Landesliste der LINKEN Rheinland-Pfalz für die Bundestagswahl 2017



Persönliches und Politik

Mein Name ist **Manuela Holz**.

Ich bin 1965 geboren, geschieden und habe vier Kinder: 28, 26, 17 und 16 Jahre.

Geboren und aufgewachsen bin ich in Erichshof, Niedersachsen.

Ich habe berufliche Erfahrungen als Kinderkrankenschwester, Altenpflegerin, gerontopsychiatrische Pflegefachkraft und ein abgeschlossenes Studium im Bereich Pflegebegutachtung-/ management.

Seit 2012 beziehe ich befristete

Erwerbsminderungsrente. Fast 30 Jahre Berufserfahrung in der Alten- und Krankenpflege hinterlassen Spuren, da man immer am Limit seiner Kraft arbeiten muss. Der Pflegenotstand ist kein neues Phänomen, sondern ein fortlaufendes, altbekanntes.

Seit einem Jahr bin ich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit aktiv, leite einen ehrenamtlichen Sprachkurs für Migranten und Flüchtlinge.

Ich bin Mitglied:

- Ver.di.
- Bezirkserwerbslosenausschuss Mainz Ver.di.

meine bisherigen politische Schwerpunkte

- 2014 Mitglied der LINKEN. , Kreisverband Birkenfeld
- 2015 Kreisschriftführerin des Kreisverbandes Birkenfeld
- 2015 Landessprecherin der LAG RLP gegen Hartz IV
- im März 2016 Direktkandidatin zur Landtagswahl Kreis Birkenfeld
- 2016 Bundesdelegierte der BAG Hartz IV
- ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit / Leitung eines Sprachkurses

Liebe Genossen und Genossinnen,

nach einiger Bedenkzeit und vielen Gesprächen mit Genossen und Genossinnen, habe ich mich entschlossen, auf Platz 5 der Landesliste zur Bundestagswahl zu kandidieren.

Ganz besonders möchte ich mich auch bei meinem "Deutschkurs" bedanken, die mich aufgefordert haben, mich zu engagieren.

Mit meiner Kandidatur möchte ich dazu beitragen, dass wir mit einem an der Basis orientierten Wahlkampf als starke Linke in den Bundestag einziehen werden. Denn Linke - Politik wird nötiger als je zuvor gebraucht.

Im März 2016 bin ich als Direktkandidatin für den Wahlkreis Birkenfeld / Stadt Idar-Oberstein angetreten.

Durch kontinuierliche basisorientierte politische Arbeit, bei den Bürgern und mit ihnen gemeinsam, haben wir im Team trotz Verluste einen erheblichen Anteil an Neuwähler dazu gewinnen können.

Die Grundlage meiner Arbeit ist es, den Menschen zuzuhören, sie ernst zu nehmen, ihnen Lösungsmöglichkeiten anzubieten und sie da abzuholen, wo sie stehen.

Für mich steht fest, wir Linke müssen vor Ort bei den Menschen sein und dort müssen wir unsere Arbeit ausbauen.

Wir müssen sichtbar, aktiv, vor allem glaubwürdig sein und an der Seite derjenigen stehen, die von Sozialabbau, Kürzungen, Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Altersarmut betroffen sind.

Ich bin mir sicher, dass, wenn wir uns aktiv um ihre Situation kümmern, dann werden sie uns auch unterstützen.

Wir brauchen eine starke Linke im Bundestag, die konsequent gegen Sozialabbau, Rassismus und Krieg eintritt.

Dafür will ich mich einsetzen!

Mit euch in einem engagierten Wahlkampf und ich bitte um euer Vertrauen!

Mit herzlichen solidarische Grüßen
Manuela Holz

Hinweis: Leider konnte die Bewerbung von Manuela aufgrund der eingereichten Länge nicht komplett abgedruckt werden. Die ungekürzte Version findet ihr bei „Kandidaturen“ oder direkt unter diesem Link: http://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/ly/dokumente/2016/2016-09-17_LVV_BTW17/2016_08_04_bewerbung_platz_5_manula_holz.pdf

Bewerbung für Listenplatz 6 unserer Landesliste zur Bundestagswahl 2017

Max Keck
05.09.1997
Haardtstr. 16
67459 Böhl-Iggelheim
maximilian.keck@t-online.de



Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dieser Bewerbung gebe ich offiziell meine Kandidatur für Listenplatz 4 unserer Landesliste zur Bundestagswahl 2017 bekannt, die auf der besonderen Vertreterinnen- und Vertreterversammlung am 17.09.16 in Kaiserslautern gewählt wird. Im Folgenden möchte ich Euch gerne über meinen persönlichen Hintergrund sowie meine politischen Ziele informieren.

Zu meiner Person:

Mein Name ist Max Keck, ich bin 18 Jahre alt und komme aus der Gemeinde Böhl-Iggelheim im Rhein-Pfalz-Kreis, weshalb ich auch Mitglied im dortigen Kreisverband Ludwigshafen/Rhein-Pfalz-Kreis bin. Mitglied der Partei DIE LINKE bin ich seit September 2013, zunächst im Kreisverband Bad Dürkheim/Neustadt, den ich im September 2015 verlassen habe, um mich stärker in meiner Heimatregion betätigen und dort den Ausbau unserer innerparteilichen Strukturen vorantreiben zu können. Hier habe ich auch bereits erste Erfolge erzielen können: Für meinen Heimatort Böhl-Iggelheim konnte ich in der Vergangenheit mehrere Neu-Mitglieder anwerben, die gemeinsam mit mir einen dort ansässigen Ortsverband gründen möchten. Des Weiteren wurde ich bei der vergangenen Landtagswahl im März im Wahlkreis 37 (Mutterstadt), in dem ich auch wohne, als Direktkandidat sowie auf Listenplatz 18 unserer Landesliste aufgestellt.

Im Rahmen des dazugehörigen Wahlkampfes konnte ich auch bereits Kompetenzen im Umgang mit Medien sammeln, da ich in insgesamt zwei Fernsehbeiträgen des SWR porträtiert wurde: Zum einen mit meiner Persönlichkeit als Schwerpunkt, da ich der allerjüngste Kandidat im ganzen Bundesland war (<http://www.swr.de/landesschau-rp/gesichter-der-wahl-2016-maximilian-keck-die-linke/-/id=122144/did=17033462/nid=122144/1a02dka/index.html>) und zum anderen mit einem Beitrag über meine Aktivitäten am Wahltag (<http://swrmediathek.de/player.htm?show=74a87990-ea11-11e5-9a86-0026b975e0ea>).

Auch im rheinland-pfälzischen Landesverband unserer Jugendorganisation Linksjugend [`solid] bin ich aktiv: Hier habe ich im Januar 2015 gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen eine neue Basisgruppe in Neustadt aufgebaut und wurde nun auf unserer letzten Winter-Landesmitgliederversammlung fast einstimmig als Länderratsdelegierter in den LandessprecherInnenrat gewählt, sodass ich jetzt auch auf Bundesebene die Interessen unseres Landesverbandes vertreten darf.

Zu meinen politischen Schwerpunkten:

Wie schon in der Vergangenheit möchte ich mich auch diesmal im Bereich des Antifaschismus betätigen, der zur Zeit aufgrund des Erstarkens der rechtsextremen „Alternative für Deutschland“ (AfD) besondere Brisanz hat. Hier will ich in einen offenen Diskurs mit der Bevölkerung treten, um Aufklärung über die antidemokratische, unmenschliche und vor allem auch neoliberale Ausrichtung dieser Partei zu betreiben, die sie bisher stets heuchlerisch unter dem Deckmantel des „Kämpfers für die kleinen Leute“ verborgen hat. Den Hassparolen und Hetztiraden muss ein klares Zeichen entgegengesetzt werden: Flüchtlinge willkommen! Kein Fußbreit den Faschisten! ...

Schlusswort:

Ihr werdet Euch sicherlich fragen, ob ein so junger Mensch wie ich schon dazu bereit ist, eine solche Kandidatur zu bewältigen. Hier kann ich Euch aber versichern, dass ich über einen nahezu unbegrenzten Arbeitseifer und Ehrgeiz verfüge, was den Kampf für eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft in unserem Land betrifft und dass ich mich den Werten unseres Grundsatzprogrammes zu 1000% verpflichtet fühle. Zudem ist es aufgrund des sehr hohen Altersdurchschnitts unserer Partei zwingend erforderlich, junge Menschen bei der Willensbildung unserer Partei sowie ihrem öffentlichen Auftreten aktiv zu beteiligen und daran mitzuwirken, dass sich der Querschnitt der Bevölkerung bzgl. des Alters auch bei den Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter widerspiegelt.

Mein gutes und konstruktives Verhältnis zu sämtlichen Genossinnen und Genossen im ganzen Landesverband spornt mich zusätzlich an, da politischer Erfolg nur mit einer starken Basis im Rücken entstehen kann; deshalb bin ich überaus froh, mit jeder und jedem in unserer Partei beständig an diesen Zielen arbeiten zu können.

Auch meine regionale Herkunft spielt meiner Meinung nach eine gewichtige Rolle, da in den beiden dazugehörigen Städten Ludwigshafen und Frankenthal in der Vergangenheit sehr gute Wahlergebnisse – sowohl kommunal als auch auf Landes- und Bundesebene – erzielt werden konnten und in den beiden Städten zudem sehr mitgliederstarke Kreis- bzw. Stadtverbände vorzufinden sind. Deshalb bin ich der Ansicht, dass dieses Gebiet auch seinen Platz auf unserer Landesliste finden sollte.

In diesem Sinne bitte ich Euch nun um Eure Unterstützung: Lasst uns weiter für eine solidarische Gesellschaft kämpfen, in der die Freiheit aller Individuen ausnahmslos sichergestellt ist und deren Politik sich nie wieder an imperialistischen Kriegen und menschenverachtenden Kürzungen im Sozialbereich beteiligen soll.

Nur gemeinsam sind wir stark! Mit solidarischen Grüßen, Euer Max Keck

Hinweis: Leider konnte die Bewerbung von Max aufgrund der eingereichten Länge nicht komplett abgedruckt werden. Die ungekürzte Version findet ihr bei „Kandidaturen“ oder direkt unter diesem Link: http://www.dielinke-rhlp.de/fileadmin/lv/dokumente/2016/2016-09-17_LVV_BTW17/2016-05-10_bewerbung_Platz4_keck_max_v1.pdf